

Beschluss des Landrats vom 22.05.2025

Nr. 1168

42. Keine Privilegien bei Einspracherechten: Gleichbehandlung aller Verbände bei Nutzungsplanungen

2025/135; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Christine Frey (FDP) erinnert daran, dass der Landrat am 27. Februar 2024 die Motion 2024/666 «Erweiterung des Einspracherechts im RBG auf weitere Organisationen und Interessensverbände» dem Regierungsrat überwiesen habe. Diese Motion verlangt, dass neben den Umwelt- und Heimatschutzorganisationen auch weitere thematisch betroffene Interessensverbände wie zum Beispiel der Hauseigentümerverband, der ACS und der TCS das Recht erhalten, Einspruch gegen raumplanerische Entscheide zu erheben. In der Diskussion hat selbst Regierungsrat Isaac Reber angemerkt, dass es eher weniger als mehr Einspracherechte geben sollte, sofern man Projekte vorwärtsbringen möchte. Allzuoft ist Christine Frey nicht derselben Meinung wie der Baudirektor, aber dieses Zitat lieferte einen guten Steilpass, um drei Monate später dieses Geschäft auf die Traktandenliste setzen zu lassen.

Mit dieser Motion sollen die Einspracherechte von Umwelt- und Heimatschutzorganisationen bei kantonalen und kommunalen Nutzungsplanungen aufgehoben oder – sofern dies rechtlich nicht möglich ist – an diejenigen anderer Verbände angeglichen werden. Es ist absolut sinnvoll, die im Februar überwiesene Motion mit dem heutigen Anliegen zusammen zu bearbeiten und dem Landrat dann eine konsolidierte Vorlage zu unterbreiten. Die heutige Motion zeichnet zwei mögliche Wege auf, entweder die Einspracherechte aufzuheben oder eben an andere Verbände anzugleichen. Um die Auswirkungen, Vor- und Nachteile dieser Varianten vertieft zu untersuchen, wird vom Regierungsrat die Umwandlung in ein Postulat beantragt. Es wird um kurzes Statement des Regierungsrats gebeten, weshalb ein Postulat besser sei als eine Motion. Das Argument, dass die beiden Motionen das jeweilige Gegenteil verlangen, ist nachvollziehbar.

Urs Kaufmann (SP) stellt fest, dass Christine Frey bei den Einspracherechten bei Nutzungsplanungen nicht lockerlasse. Diese Motion führt aber einen Schritt zu weit. Umweltschutz- und Heimatschutzorganisationen hätten gar keine Rechte mehr, ausser denjenigen, die aufgrund von Bundesrecht gegeben sind. Ein bisschen mehr Freiheit und Offenheit müsste man beibehalten. Dies erreicht man mit einem Postulat. Der Regierungsrat soll prüfen, welche Rechte es gibt, die allenfalls freiwillig gewährt sind gemäss Raumplanungs- und Baugesetz, aus welchen Gründen diese beibehalten oder in Zukunft angepasst, reduziert und mit denjenigen anderer Verbände vereinheitlicht werden sollen. Eine Überweisung als Postulat ist das Maximum der Gefühle. In diesem Rahmen kann man ausloten, weshalb Einspracherechte bestehen, die über die eidgenössischen Vorgaben hinausgehen.

Markus Meier (SVP) meint, es gebe Lager, die grosse Freude an zu viel Freiheit haben, und solche, die keine Freude daran haben. Die SVP-Fraktion hat den Vorstoss von Christine Frey vor drei Monaten unterstützt und wird auch diesen unterstützen. Es geht um Gleichheit und gleich lange Spiesse – das entspricht den Zielen der SVP.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) berichtet über kontroverse Diskussionen in der Grüne/EVP-Fraktion. Die Fraktion wird eine Motion nicht unterstützen, die Haltungen zu einem Postulat sind sehr zwie-

gespalten. Ein paar Einblicke in die kontroverse Diskussion: Grundsätzlich muss man sagen, dass Beschwerden in unserer Demokratie zwar lästig, aber auch wichtig sind. Es ist ganz wichtig, dass man sich gegen staatliches Handeln beschweren kann. Weiter ist auch die im Vorstoss angesprochene Rechtsgleichheit wichtig und gilt es hochzuhalten. Ebenso gilt es zu lernen – und das musste Karl-Heinz Zeller in jungen Jahren ebenfalls –, dass Demokratie Zeit benötigt. Das ist manchmal auch ganz gut so. Besonders betont die Grüne/EVP-Fraktion, dass die Natur ein Stimmrecht braucht, denn sie kann nicht selbst reden und handeln. Deshalb ist es gerade bei den Themen Natur, Umwelt und Denkmalpflege wichtig, dass sich Menschen und Verbände für die Anliegen einsetzen. Es wird befürchtet, dass mit diesem Vorstoss diesen drei Anliegen die Stimme entzogen und sie mundtot gemacht werden sollen. Das möchte die Grüne/EVP-Fraktion nicht. Noch ein Blick in den Alltag. Karl-Heinz Zeller lebt in Arlesheim. Dort ist eine riesige Ortsplanung im Gange. Aufgrund Privater geht es seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, nicht vorwärts. Nicht Verbände sind der Grund dafür. Wenn also schon das Ziel besteht, alles flüssiger zu machen, müsste man wohl alles anschauen. Es ist ein schwieriges Thema und die Fraktion könnte sich vorstellen, ein Postulat zu unterstützen. Karl-Heinz Zeller sieht schon ein künftiges Hobby: Das Gründen neuer Verbände.

Pascal Ryf (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion hätte ein Postulat vorbehaltlos unterstützt. Bei der Motion gehen die Meinungen etwas auseinander. Umwelt- und Heimatschutzorganisationen sollen nicht ganz ausgelassen werden. Die Mitte ist auch der Ansicht, dass diese eine Stimme brauchen. Dennoch wird auch eine Gleichbehandlung aller Verbände gewünscht. Das wäre wohl die bessere Variante. Grossmehrheitlich wird die Motion unterstützt. Wenn der Gesetzesartikel ausgearbeitet wird, muss sicherlich noch einiges angepasst werden, was ja meistens der Fall ist, nachdem eine Motion überwiesen wurde.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) bestätigt, dass Christine Frey ihn korrekt zitiert habe. Der Baudirektor wiederholt, dass es seiner Meinung nach eher zu viele Einsprachemöglichkeiten gibt als zu wenige.

Die im Februar überwiesene Motion verlangt Einspracherechte für Verbände, welche diese bislang nicht haben. Die vorliegende Motion verlangt die Abschaffung der bestehenden Rechte der Verbände. Aus Sicht des Regierungsrats widersprechen sich diese Anliegen. Im Extremfall würde man an der einen Stelle an etwas arbeiten, was sich an der anderen in Abschaffung befindet. Das ist wahrscheinlich nicht unter dem Titel gleich lange Spiesse zu verstehen. Zudem sollte zuerst geprüft werden, ob wirklich alles abgeschafft werden sollte. Das ist die inhaltliche Einschränkung und Argumentation für ein Postulat. Es gibt aber auch noch eine formelle Begründung. Für die Bearbeitung des Postulats hat der Regierungsrat ein Jahr Zeit, für die Motion zwei Jahre. Das erste Geschäft wurde bereits als Motion überwiesen. Würde man diesen nun als Postulat überweisen, eine gesamtheitliche Prüfung vornehmen – denn dass die beiden Vorstösse zusammen angeschaut werden müssen, ist wohl unbestritten – dann hätte man in einem Jahr die Gelegenheit, die beiden Vorstösse nebeneinander zu legen und dem Landrat das weitere Vorgehen aufzuzeigen. Zu diesem Zeitpunkt befindet man sich bei der überwiesenen Motion noch immer innert Frist. Aus diesem Grund legt der Regierungsrat dem Landrat eine Überweisung des Vorstosses als Postulat nahe.

Christine Frey (FDP) dankt für die Diskussion. Besonders freut sie, dass Urs Kaufmann das Wort «liberal» in seinem Wortschatz hat. Für ihn ist ein Postulat das Maximum der Gefühle, für Christine Frey ist es das Minimum – aber immerhin trifft man sich. Dass es verschiedene Ansichten darüber gibt, respektiert die Votantin. Die gemeinsame Behandlung der beiden Geschäfte ist richtig. Entsprechend wandelt sie den Vorstoss in ein Postulat um – ein Festhalten an der Motion wäre wohl ein wenig eine Zwängerei, auch wenn es rein rechnerisch reichen könnte. Es wird dem Thema

gerecht – auch aufgrund der Historie der Verbände, die schon lange über das Einspracherecht verfügen –, dass man wirklich gründlich prüft. Persönlich sind ihr gleich lange Spiesse wichtig und sie erwartet die Auslegeordnung des Regierungsrats mit Spannung.

Andrea Heger (EVP) sagt, nur vier Stimmen hätten bei der Abstimmung über die Überweisung der Motion im Februar den Ausschlag gegeben. Ein grosser Teil des Landrats unterstützte dieses Anliegen nicht, so auch Andrea Heger. Es wird nun erneut scheinheilig gesagt, dass es um gleich lange Spiesse gehe. Es handelt sich aber um ein trojanisches Pferd. Karl-Heinz Zeller hat bereits angesprochen, dass entweder denjenigen die Rechte genommen werden, die unbedingt eine Stimme brauchen, oder aber alle Verbände über dieselben Rechte verfügen. Bei der Gründung von Verbänden oder Ligen sind einige Personen sehr kreativ. Dann gibt es zehntausend Verbände für irgendwelche Dinge. Das führt zu keiner Vereinfachung, sondern eine Verkomplizierung. Aus diesem Grund wird Andrea Heger die Überweisung dezidiert ablehnen.

://: Mit 42:34 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
